Zu den

Interessenkonflikten

von Regierungsrat

Lorenz Bösch und der

Beratungsfirma

BHP Hanser & Partner AG



Die politischen Weichenstellungen...





- autoritäre Festlegung von Strategien
- Demontage der Gemeindeautonomie
- Einschränkung der bürgerlichen Rechte
- Inszenierung massiver Zuwanderung
- Favorisierung steuerflüchtiger Holdings
- Zerschlagung gewachsener Strukturen
- Umlenkung öffentlicher Gelder
- Intransparente Auftrags-Vergaben
- Begünstigung der Baulobby
- aktive Geheimhaltung und Verdunkelung

... für systematische Stimmrechtsverletzungen

Der offizielle Text zum Rücktritt...

Bericht aus March Anzeiger vom 2. Februar 2010

Politik

Lorenz Bösch tritt zurück

Regierungsrat Lorenz Bösch widmet sich neuer Herausforderung.Der Schwyzer Regierungsrat Lorenz Bösch hat heute Dienstagmorgen Landammann Dr. Georg Hess und seine Regierungsratskollegen darüber informiert, dass er auf Ende September 2010 nach acht Amtsjahren als Regierunsrat zurücktreten werde. Er wird ab Mitte Oktober 2010 in der Privatwirtschaft eine neue Herausforderung wahrnehmen.

Schwyz. – Lorenz Bösch, Vorsteher des Baudepartements, erklärt den Rücktritt nach acht Amtsjahren damit, dass er schon lange die Absicht gehegt habe, nach der aktiven Regierungszeit nochmals eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Deshalb wäre er für eine weitere Legislatur ab 2012 nicht mehr zur Verfügung gestanden. Inzwischen hat sich eine Möglichkeit ergeben, die seinen Zukunftsvorstellungen entspricht. Deshalb habe er sich entschieden, nach acht vollen Amtsjahren vor dem Ende der Legislatur zurückzutreten.

Ab Mitte Oktober 2010 wird er in die Geschäftsleitung der BHP Hanser und Partner AG in Zürich, im Rahmen einer mittelfristigen Nachfolgelösung, Einsitz nehmen. Lorenz Bösch schaut mit grosser Befriedigung auf seine Amtszeit zurück.

Die Ersatzwahl für den zurücktretenden Regierungsrat Lorenz Bösch wird am 25. April 2010 stattfinden.

(Staatskanzlei)



Was die Staatskanzlei Schwyz verbreiten liess, trifft nicht zu!

Mit den folgenden Beispielen aus der Website von BHP Hanser und Partner AG werden die Falschmeldungen widerlegt,

wonach "die Firma BHP Hanser und Partner AG (…) zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form in die Planungsarbeiten für die Verkehrsprojekte Höfe involviert gewesen (sei) und weder Aufträge im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Höfe erhalten noch ausgeführt (habe)", und wonach die unterstellten Interessenkonflikte "jeglicher Grundlage entbehren".

In einer Stimmrechtsbeschwerde zu den Abstimmungen um Verkehrsprojekte in der Gemeinde Freienbach wird u.a. auf die Verflechtungen von Regierungsrat Lorenz Bösch verwiesen.

Jetzt soll das Bundesgericht den Fall übernehmen

Irene Herzog-Feusi zweifelt daran, dass das kantonale Verwaltungsgericht die richtige Instanz für die Prüfung ihrer Stimmrechtsbeschwerde ist.

Von Claudia Hiestand

Freienbach. – Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Bürgerforums Freienbach, ist überzeugt, dass der Freienbacher Gemeinderat die Stimmbürger im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über die beiden Investitionsbeiträge zum Zubringer Vollanschluss Halten und zum Fällmistunnel auf unerlaubte Weise beeinflusst. In einer Stimmrechtsbeschwerde von Anfang April verlieh sie ihrem Unmut Ausdruck. Noch steht das Urteil des Schwyzer Verwaltungsgerichts aus. Doch

vielleicht muss sich das Gericht gar nicht erst zu den Vorwürfen äussern. Herzog ergänzt ihre Stimmrechtsbeschwerde jetzt nämlich mit einer Replik. Sie fordert das Verwaltungsgericht auf, zu prüfen, ob es überhaupt befugt sei, über den Fall zu urteilen. Dies, weil kantonale und eidgenössische Instanzen für die Abstimmungsvorlagen und die Inhalte der Abstimmungskampagne zuständig sind. Sie

wünscht sich, dass ihre Ben schwerde direkt an das Bundes gericht übermittelt wird.

In ihrer Replik erhebt Herzog zudem Vorwürfe gegen den Ende Juni zurücktretenden Regierungsrat Lorenz Bösch, Vorsteher des Baudepartements. Herzog glaubt, dass er mit öffentlichen Geldern die Interessen seines früheren und gleichzeitig zukünftigen Arbeitgebers unterstützt.

BERICHT SEITE 3

«Heikle personelle Verflechtung»

Irene Herzog-Feusi, Präsidentii des Bürgerforums Freienbach, setzt ihrer vor einem Monat eingereichten Stimmrechtsbeschwerde gegen den Freienbacher Gemeinderat einen drauf: Sie unterstellt Regierungsrat Lorenz Bösch Vetternwirtschaft.

Von Claudia Hiestand

Freienbach. - Anfang April reichte Irene Herzog-Feusi beim Schwyzer Verwaltungsgericht eine Stimmrechtsbeschwerde ein: Die gemeinderätliche Information zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni sei irreführend und rechtswidrig (wir berichteten). Das Urteil steht noch aus. Trotzdem schaltet sich Herzog erneut ein. Sie reichte am Montag eine Replik beim Schwyzer Verwaltungsgericht ein. An ihrer Stimmrechtsbeschwerde hält sie vollumfänglich fest. Neu fordert sie das Verwaltungsgericht aber auf, abzuklären, ob ihre Stimmrechtsbeschwerde nicht direkt vom Bundesgericht beurteilt werden soll. Der Grund: verworrene Zuständigkeiten und Abhängigkeiten unter den kommunalen, kantonalen und nationalen Behörden.

Bösch schweigt

schwere Vorwürfe gegen den Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch. «Von grosser Bedeutung ist die personelle doch schon sehr bald wieder zurück-Partner AG (privates Planungs- und Beratungsbüro, Anm. d. Red.), von welcher er - interimistisch - in die Schwvzer Regierung wechselte, zu der er je-



Chance bietet, ein Vorgehen mit absehbar fatalen Folgen für die Öffentlichkeit Herzog geht noch weiter. So erhebt sie noch rechtzeitig zu stoppen und zu korrigieren». Bild Archiv

Verflechtung des verfahrensleitenden kehrt», schreibt Herzog in der gestrigen Regierungsrats Lorenz Bösch mit der Medienmitteilung. «Zumindest diese involvierten Firma BHP Hanser und heikle personelle Verflechtung legt den Verdacht nahe, hier würden an entscheidender Stelle mit staatlichen Mitteln private Interessen in vielfacher Millionenhöhe allfrichtiert.» Bösch nimmt zu diesen Vorwürfen keine Stellung, da es sich um ein laufendes Verfahren handle.

Weiter rügt die Pfäffikerin den Kanton, weil er ihr keine Akteneinsicht gewährt. Herzog: «Eine seit Januar 2010 vorliegende Zweckmässigkeitsbeurteilung der Autobahnanschlussverlegung

Wollerau aus Sicht der Umwelt wird geheim gehalten mit der Begründung, die Offenlegung gefährde die öffentliche Sicherheit und Durchführung behördlicher Massnahmen, erschwere die Verhandlungsposition des Kantons und tangiere die freie Meinungsund Willensbildung eines öffentlichen Organs.»

Schliesslich kritisiert Herzog auch das Verhalten der Behörden gegenüber den Bürgern: «Auf konstruktive und sachdienliche Vorschläge und Impulse aus der Bevölkerung reagieren die Behörden seit Jahren nicht. Wohlbegründete Verbesserungs- und Sparvorschläge werden stattdessen diskreditiert, warnende Bürger werden permanent schlechtgemacht.» Einwände könnten nur noch über den Rechtsweg geltend gemacht werden.

Abstimmung in einem Monat

Auf der Traktandenliste zur Freienbacher Gemeindeversammlung vom 16. April waren auch die Investitionsbeiträge zum Zubringer Vollanschluss Halten und zum Zubringer Wilenstrasse (Fällmistunnel) aufgeführt. In der Botschaft lieferte der Gemeinderat die nötigen Erklärungen dazu. In Herzogs Augen sind diese falsch, widersprüchlich und irreführend. Sie reichte deshalb im Vorfeld der Gemeindeversammlung eine Stimmrechtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht ein und verlangte, dass der Gemeinderat die Informationen objektiviert. Auf ihr Begehren nach aufschiebender Wirkung ging das Gericht nicht ein. Die Traktanden zu den Investitionsbeiträgen wurden an der Gemeindeversammlung vom 16. April wie vorgesehen behandelt und unverändert an die Urne überwiesen (wir berichteten). Die Freienbacher Stimmbürger werden am 13. Juni über die Beiträge abstimmen.

Regieriungsrat Lorenz Bösch lässt dementieren:

«Unterstellungen sind völlig haltlos»

Die von Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Bürgerforums Freienbach, in Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Höfe erhobenen Vorwürfe an Regierungsrat Lorenz Bösch weist dieser zurück. Es bestünden keinerlei Interessenkonflikte, so die Staatskanzlei.

Von Andreas Feichtinger

Schwyz. – Als Ergänzung zu ihrer Stimmrechtsbeschwerde von Anfang April hat Herzog-Feusi diese Woche eine Replik beim Schwyzer Verwaltungsgericht eingereicht. Sie möchte abgeklärt haben, ob ihre Stimmrechtsbeschwerde nicht direkt vom Bundesgericht beurteilt werden soll. Gleichzeitig warf sie dem Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch personelle Verflechtung mit der Firma BHP Hanser und Partner AG vor (wir berichteten am Mittwoch).

«Diese Unterstellungen sind völlig haltlos», heisst es dazu in einer Medienmitteilung der Staatskanzlei des Kantons Schwyz vom Mittwoch. Die Firma BHP Hanser und Partner AG sei zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form in die Planungsarbeiten für die Verkehrsprojekte Höfe involviert gewesen und «hat weder Aufträge im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Höfe erhalten noch ausgeführt». Die unterstellten Interessenkonflikte entbehrten deshalb «jeglicher Grundlage».

Erschienen im "Höfner Volksblatt vom 14. Mai 2010"



Der Schwyzer Regierungsrat Lorenz Bösch weist die an ihn gerichteten Vorwürfe zurück. Bild Archiv

Doch das Dementi selbst ist haltlos...

... denn BHP bestätigt:

BHP-Info "Insicht" vom 14.2.2010 auf S. 3

BHP News



Lorenz Bösch zurück bei BHP

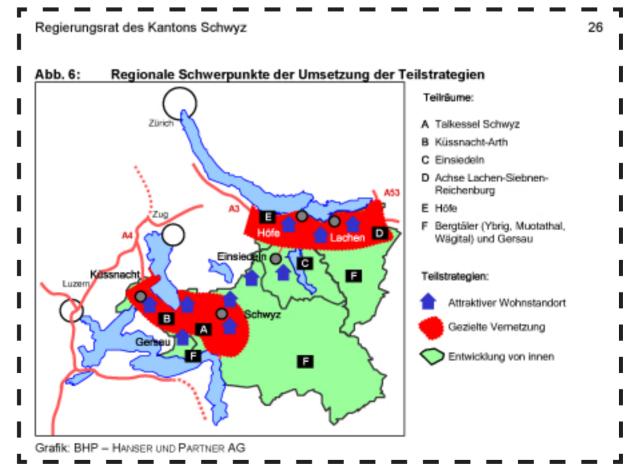
Regierungsrat Lorenz Bösch, Vorsteher des Baudepartements des Kantons Schwyz, tritt nach acht Amtsjahren auf Ende September 2010 zurück und wird ab Mitte Oktober 2010 in die Geschäftsleitung der BHP – Hanser und Partner eintreten. Lorenz

Bösch war während seiner Amtszeit zwischen 2006 und 2009 Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen. Lorenz Bösch war vor seiner Wahl in den Regierungsrat schon zwischen 2000 und 2002 bei BHP – Hanser und Partner tätig. In den Jahren zuvor war er Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Bauernverbandes. Neben den Erfahrungen in der Politik und dem Verbandswesen sammelte er auch Erfahrungen in der strategischen Unternehmensführung. So baute er mit Partnern im Auftrag landwirtschaftlicher Organisationen den Verlag Schweizerische Bauernzeitung auf, war bis zur Fusion der Coop-Genossenschaften Verwaltungsrat der Coop Zentralschweiz und erster Präsident des Stiftungsrates Theresianum Ingenbohl. Lorenz Bösch wird mit seiner reichen Führungserfahrung in wechselndem Umfeld und seinem Know-how im Bereich der strategischen Projektführung das BHP-Team optimal ergänzen.

Lorenz Bösch ist laut Zürichsee-Zeitung Mehrheitsaktionär von BHP Hanser und Partner AG Die folgenden Auszüge entstammen Auftragsarbeiten der BHP Hanser und Partner AG, welche in der Ära von RR Lorenz Bösch erteilt und ausgeführt worden sind.

Der Gegenbeweis...

BHP entwickelt für den Regierungsrat die Höfner Verkehrsund Siedlungsstrategie...



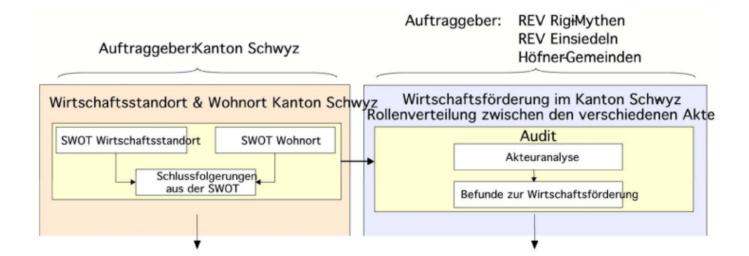
Einer der Schwerpunkte des neuen Strassenbauprogramms ist das Verkehrssystem Höfe mit dem Umbau des A3-Anschlusses Pfäffikon, der Umfahrung Pfäffikon und der Verlegung des Anschlusses Wollerau mit dem Fällmistunnel.



21. Oktober 2004, Neue Schwyzer Zeitung Nr. 246

1.3 Projektablauf (I)

Zum besseren Verständnis zeigt die folgende Abbildung den Projektablauf der beiden, für die vorliegenden Lösungsansätze massgebenden Projekte:

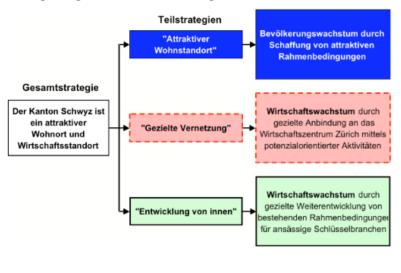


3 Strategiekonzept Wirtschaft und Wohnen im Kt. Schwyz

Ergebnisüberblick (I)

Der Gegenbeweis...

- Das Konzept Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz wurde vom Regierungsrat des Kantons Schwyz im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen entwickelt. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse.
- Der Regierungsrat beabsichtigt, inskünftig eine "regional differenzierte Mischstrategie" aus drei gleichgewichteten Teilstrategien zu fahren:



01 12 2006

BHP formuliert die "Absichten des Regierungsrats" auch bezüglich des Bezirks Höfe...

5.2 Organisationsmodell

Ansätze (I)

- Die Umsetzung der Stossrichtungen und Massnahmen des vom Regierungsrat des Kantons Schwyz entwickelten Strategiekonzeptes zum Wirtschafts- und Wohnstandort erfordert ein Mitwirken auf allen Stufen: Kanton, Region und Gemeinden. Die organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung der Massnahmen sind nur beschränkt vorhanden. Der vorliegende Vorschlag zum Organisationsmodell nimmt direkten Bezug auf das neue Strategiekonzept (vgl. 3) und die gesetzlichen Grundlagen des Kantons. Die Aufgabenbereiche für Kanton, Region und Gemeinden sind von den Stossrichtungen des Strategiekonzeptes abgeleitet.
- · Ansätze für das Organisationsmodell
 - Die Umsetzung des Strategiekonzeptes des Kantons Schwyz verlangt nach einer flächendeckenden Organisationsform, die es erlaubt, die Entwicklung in den Gemeinden zu begleiten. Auf der Ebene der Gemeinden steht dabei das Verfügbarmachen und die Bewirtschaftung von Grundstücken und Liegenschaften und die strategiekonforme Entwicklung der Bau- und Zonenordnung im Vordergrund. Die Regionen nehmen in diesem Kontext eine Funktion als Katalysator und Botschafter des Kantons wahr und begleiten die Entwicklung auf Gemeindeebene.

BHP entwickelt die Zielformulierungen für den
Regierungsrat und macht
Vorgaben für "strategiekonforme" Änderungen
kantonaler Gesetze und
kommunaler Reglemente...

HANSER UND PARTNER AG

Anhang: Massnahmen Projekt Wirtschaftsstandort Kt. Schwyz

Was	Priori- tät	Handlungsebene
einer potenzialorientierten Raumentwicklung:		
Der Regierungsrat erstellt einen Bericht über den bestehenden Revisi- onsbedarf		
Auf der Basis der Ergebnisse des Berichtes stellt der Regierungsrat an den Kantonsrat Anträge für eine allfällige Revision des Planungs- und Baugesetzes		
15. Verwirklichung eines Richtplanverständnisses, das die Potenzialori- entierung ins Zentrum stellt; inkl. Festlegung von regionalen Prioritäts- gebieten für die künftige Entwicklung im Kanton (Wirtschaft, Wohnen, naturnahe Flächen, touristische Nutzungen, Bauen ausserhalb der Sied- lungsflächen etc.)	1	Kanton, Gemeinden
6. Verstärkung der Führung in Siedlungs- und Verkehrsfragen	1	Kanton
 Abschliessen der kantonalen Verkehrsrichtplanung (integrale Ver- kehrsplanung im Rahmen der kantonalen Richtplanung) 	1	Kanton
Stossrichtung Potenzialorientierte Raumentwicklung (flankierende Ma	assnahme	n anderer Akteure)
18. Bereitstellung von segmentspezifischen Wohn- und Wirtschaftsflä- chen an potenzialreichen Standorten, inkl. Verkehrserschliessung und Infrastruktur	1	Wirtschaft, Gemeinden
19. Prüfung der Durchführung von Ideenwettbewerben für potenzialreiche Unternehmens- und Wohnstandorte; Ziel: Entwicklungsmöglichkeiten beispielhaft aufzeigen und Ideen für optimale Nutzungen erarbeiten	2	Wirtschaft, Gemeinden, (Kanton)

BHP bestimmt für den Regierungsrat u.a. ein "Richtplan-Verständnis", das sich zutiefst in Gemeinde-Angelegenheiten einmischt...



01.12.2006

40

31412 HARSER UND PARTNER

BHP definiert für den Regierungsrat die Auswirkungen der Zuwanderung auf den Kanton Schwyz...

Personenfreizügigkeit und Schwyzer Wirtschaft

Auswirkung der bilateralen Abkommen und der Personenfreizügigkeit auf die Schwyzer Wirtschaft

Präsentation vom 24. August 2005 in Einsiedeln

Dr. Christian Hanser

Einsiedeln, 24. August 2005

Der Gegenbeweis...

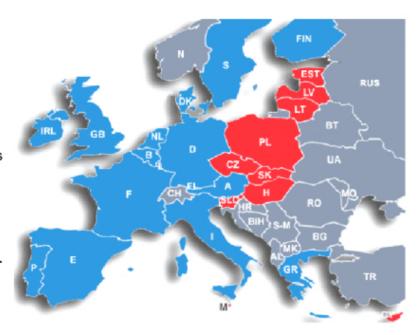


| Lagerstrasse 33 | Postfach 3167

Potentialreiche EU-Beitrittsländer 2004

Was bringen die Mittelund Osteuropäischen Länder ein (MOE-Länder)?

- Zusätzlich 75 Mio. Einwohner im EU-Binnenmarkt.
- · Viel versprechendes Rekrutierungspotenzial von qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften.
- Attraktive Investitionsstandorte in stark expandierenden Märkten.



Der Gegenbeweis...

BHP propagiert für den Regierungsrat Bevölkerungswachstum im Schneeballsystem speziell auch im Bezirk Höfe...



Effekte der einwandernden Arbeitskräfte

Die erleichterte Rekrutierung von Arbeitskräften mit ...

... hohen Qualifikationen nützt ... 📥

... dem Wirtschaftsstandort Zürich (Erhöhung Innovation und Sicherung multinationaler Unternehmen) und dadurch indirekt dem Wohnund Binnenstandort Schwyz.

... KMU-Betrieben, die in der Lage sind z.B. Ingenieure und Expertenwissen zu "bezahlbaren" Konditionen zu rekrutieren (Erhöhung Innovation).

... tieferen Qualifikationen nützt ... 🖒

... exportorientierten Landwirtschafts-, Tourismus- und Industriebetrieben zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

... der Binnenwirtschaft in erster Linie zur Schliessung allfälliger Lücken bei der Personalrekrutierung infolge von ungünstigen demografischen Trends.

... bzw. den Beizug "tiefer qualifizierter" Einwanderer aus Osteuropa in der Absicht, die derzeitige Bevölkerung mit tieferen Löhnen zu konkurrenzieren ...

... ohne Rücksicht auf den Verlust bestehender Werte, aber in der klaren Absicht, durch schrankenloses Zubetonieren der Landschaft "Wachstum zu fördern"...

